

284/AB XXI.GP

zur Zahl 272/J - NR/2000

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Johann Maier, Genossinnen und Genossen haben an den Bundesminister für Justiz eine schriftliche Anfrage betreffend „Mont - realer Konvention - Ratifizierung“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 3:

Auf der diplomatischen Konferenz im Mai 1999 war Österreich nicht nur durch einen Beamten des Bundesministeriums für Justiz, sondern unter anderem auch durch einen des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten vertreten. Die österreichische Haltung ist zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, dem Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr und dem Bundesministerium für Justiz koordiniert gewesen. Nach Fertigstellung des Übereinkommens haben auf Beamtenebene mehrere Besprechungen zwischen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Justiz zur Frage der Ratifizierung des Übereinkommens stattgefunden; mit der Einberufung einer Übersetzungskonferenz in Wien zur Herstellung einer einheitlichen deutschsprachigen Übersetzung wurden bereits Schritte zur Vorbereitung der Ratifizierung gesetzt.

Das Übereinkommen fällt zum Teil (Haftung für Personenschäden) in den Zuständigkeitsbereich der EU - Kommission. Es ist daher geplant, dass die EU gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten das Übereinkommen ratifiziert. Wann dies der Fall sein wird, kann im Hinblick auf das Erfordernis einer abgestimmten Vorgangsweise nicht vorausgesagt werden. Ich werde aber dafür sorgen, dass sich das gemeinsame Vorge-

hen nicht durch die in Österreich notwendigen Ratifizierungsvorbereitungen verzögert.